

22. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses - öffentlich -

Sitzungstag:

Dienstag, 24.05.2022

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Bauamt Ramona Obermeier		
Gremiumsmitglieder:		
Gisela Fischer		
Manuel Prieler Per Videoschalte		
Marianne Rader		
Jutta Schödl Per Videoschalte		
Philipp Schwarz		
Simone Spratter		
Thomas Weingärtner		
Dr. Günther Ernstberger		

Die Beschlussfähigkeit i. S. d. Art. 47 Abs. 2 GO war gegeben

22. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.05.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Bau-, Verkehr und Grundstücksausschusses sowie die Vertreterin der Verwaltung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die heutige Bau-, Verkehr und Grundstücksausschusses als Hybridsitzung durchgeführt wird. Es sind zwei Ausschussmitglieder mittels Ton- und Bildübertragung der Sitzung zugeschaltet.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

214 9 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 27.04.2022, die den Gremiumsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

Beschluss: 9 : 0

AZ 024
Bauamt

215 9 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, da die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 0242
Bauamt

22. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.05.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

216 9 **Änderungsbebauungsplan Nr. 35a/21 zur Erweiterung von Wohnraum an der Blumenstraße 34 a und b; Abwägungsbeschluss gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB**

Der Planentwurf zur Aufstellung des Änderungsbebauungsplans Nr. 35a/21 zur Erweiterung von Wohnraum an der Blumenstraße 34 a und b, in der Fassung vom 22.03.2022 nach § 30 BauGB, lag in der Zeit vom 01.04.2022 bis einschließlich 02.05.2022 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten vom 01.04.2022 bis einschließlich 02.05.2022 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit eine Stellungnahme abzugeben.

Die Planzeichnung des Bebauungsplans wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt. Die gesamten Bebauungsplanunterlagen sind auf der Homepage der Gemeinde Unterföhring unter <https://www.unterfoehring.de/bauen-wirtschaft/bauen/bauleitplanung.html> eingestellt.

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben sich geäußert bzw. eine Stellungnahme abgegeben:

- Landratsamt München – Bauen
- Landratsamt München – Naturschutz, Erholungsgebiete, Landwirtschaften und Forsten
- SWM GmbH
- Bayerwerk Netz GmbH
- Deutsche Telekom Netz GmbH

Landratsamt München – Bauen

Das Schreiben vom 28.04.2022 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben:

1. Mit der vorliegenden Bebauungsplanänderung soll für die Fl.Nrn. 548/25 und 548/26 die bisher zulässige Geschossfläche erhöht sowie ein weiteres Vollgeschoss zugelassen werden. Die geplante Höhenentwicklung, mit einer zulässigen Wandhöhe von 8,20 m, weicht deutlich von der umgebenden Bebauung, mit Wandhöhen von 5,80 m bis 6,70 m, ab. Es wird empfohlen zu prüfen, ob der Geltungsbereich, zumindest um die Fl.Nrn. 548/27 und 548/28, vergrößert werden sollte, da der rechtskräftige Bebauungsplan für die nebeneinander liegenden Doppelhäuser identische Regelungen enthält.

22. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.05.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

2. Im Geltungsbereich der vorliegenden Bebauungsplanänderung gilt für die Tiefe der Abstandsflächen Art. 6 Abs. 5 S. 1 BayBO. Aufgrund der einzuhaltenden seitlichen Abstandsflächen von 0,4 H können der geplante Bauraum und die zulässige Wandhöhe (8,20 m plus anteiliges Dach) nicht vollständig ausgeschöpft werden. Es wird empfohlen, die Wandhöhe maßvoller zu erhöhen, da die angrenzende Bebauung, insbesondere das Gebäude auf Fl.Nr. 548/27 an seiner Westseite, durch größere Wandhöhen beeinträchtigt werden kann. In Punkt 5.2 der Begründung wird auf die Einhaltung der Abstandsflächen der BayBO zu den nördlichen Baugrenzen eingegangen. Hier müsste noch auf die seitlichen Abstandsflächen eingegangen und dargelegt werden, dass der Bauraum und die zulässige Wandhöhe nicht vollständig ausgeschöpft werden können. Falls zu den seitlichen Grundstücksgrenzen geringere Abstandflächen zugelassen werden sollen, müsste ein abweichendes Maß der Tiefe gem. § 9 Abs. 1 Nr. 2a BauGB festgesetzt und in der Begründung aufgezeigt werden, dass die ausreichende Belichtung und Belüftung gewährleistet ist.
3. In der Planzeichnung ist die Baugrenze im nördlichen Bereich der Flurnummer 548/26 noch vollständig einzutragen.
4. Die uns vorliegende Planzeichnung ist nicht korrekt im Maßstab 1:500 dargestellt, dies wird durch die angegebene Maßstabsleiste dokumentiert. Es wird empfohlen beides im Maßstab 1:500 darzustellen.
5. Im Absatz vor „A Festsetzungen“ sollte zur Klarstellung im ersten Satz ergänzt werden „...die Planzeichnung wird innerhalb ihres Geltungsbereichs ersetzt.“. Im zweiten Satz sollte statt auf den „ursprünglichen“, auf den „rechtskräftigen“ Bebauungsplan Bezug genommen werden.
6. Da im Bebauungsplanentwurf die nicht mehr geltenden Festsetzungen als „entfällt“ gekennzeichnet werden, wird empfohlen dies vollständig, für alle entsprechenden Festsetzungen zu regeln. Es müsste z.B. noch „A 3.b) entfällt“ und „A 4.d) Absatz 2 entfällt“ eingefügt werden.
7. Da das Nutzungsmaß wohl nicht nur für die Bauräume sondern für das jeweilige Grundstück gelten soll, wird empfohlen bei Festsetzung A 3.d) die Formulierung „von Bauräumen“ herauszunehmen und das Planzeichen entlang der Grundstücksgrenze durchgehend einzutragen.
8. Bei Festsetzung A 3.g) wird empfohlen zur Klarstellung zu ergänzen, dass die festgesetzte Grundfläche nach „A 3.e) und A 3.f)“ überschritten werden darf; vgl. Punkt 5.1 Abs. 4 der Begründung.
9. Es wird empfohlen die Festsetzung A 5.d) des rechtskräftigen Bebauungsplans nicht entfallen zu lassen, bzw. zumindest Regelungen

22. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.05.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- zur Gestaltung von Dachgauben, angepasst an die mögliche geringe Dachneigung (ab 20°), aufzunehmen.
10. Nachdem für Nebenanlagen statt der Traufhöhe, jetzt eine Wandhöhe festgesetzt wird (A 5.h), wird empfohlen zu prüfen, ob auch für Garagen (Festsetzung A 6.e) alt) die Wandhöhe statt der Traufhöhe festgesetzt werden soll. Insofern müsste dann auch die Begründung (Punkt 5.3. Abs. 1) angepasst werden.
 11. In Punkt 5.1 der Begründung sollten noch Erläuterungen zur Erhöhung der Geschossfläche (um 125 m², entspricht ca. 69%) aufgenommen werden. Es wird empfohlen die Flächenbilanz (Punkt 5.7) um die Werte der einzelnen Flurnummern als Nettobauland und des sich ergebenden Nutzungsmaßes zu ergänzen.

Beschluss: 9 : 0

Zu 1.)

Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Die vorgesehene Erhöhung der Wandhöhe entspricht dem städtebaulichen Ziel der Gemeinde, der Innenentwicklung gegenüber dem Bauen auf der „grünen Wiese“ Vorrang zu geben. Eine Erweiterung des Geltungsbereichs ist zudem nicht beabsichtigt, eine Erforderlichkeit für die anlassbezogene Änderung des derzeit rechtsverbindlichen Bebauungsplans ist nur für das gegenständliche Plangebiet ersichtlich.

Zu 2.)

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Abstandsflächen gem. Bayerischer Bauordnung sind einzuhalten, auch an den seitlichen Abstandsflächen. An der zulässigen Höhenentwicklung wird festgehalten. Können die Abstandsflächen bei Ausnutzung der überbaubaren Grundstücksflächen nicht eingehalten werden, sind die Höhen entsprechend zu reduzieren. Die Begründung wird wie vorgeschlagen hinsichtlich der seitlichen Abstandsflächen ergänzt.

Zu 3.)

Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Darstellung der Baugrenze wird korrigiert und vollständig eingetragen.

Zu 4.)

Die Planzeichnung wird im Maßstab 1:500 dargestellt. Das digitale Format stellt dies bereits korrekt dar. Eine Planänderung ist somit nicht erforderlich

22. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.05.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zu 5.)

Der Stellungnahme wird gefolgt, die Präambel wird zur Klarstellung angepasst.

Zu 6.)

Der rechtsverbindliche Bebauungsplan in der Fassung vom 22.07.1985 beinhaltet Planzeichen, die sich nicht in allen Teilbereichen des Bebauungsplans widerfinden (u.a. Festsetzung A 3.b)). An der bisherigen Systematik des Bebauungsplans wird festgehalten. Für Planzeichen bzw. Festsetzungen, die nicht für den Änderungsbereich relevant sind, besteht keine Erforderlichkeit, diese als zu „entfällt“ zu markieren, diese Festsetzungen hatten ohnehin keine Gültigkeit für den gegenständlichen Änderungsbereich. Hinsichtlich der Festsetzung A 4.d) Absatz 2 des rechtsverbindlichen Bebauungsplans in der Fassung vom 22.07.1985 ist festzuhalten, dass die bisherige Festsetzung komplett durch die Festsetzung A 4.d) des gegenständlichen Änderungsbebauungsplans ersetzt wird. Eine zusätzliche Regelung, dass Absatz 2 „entfällt“, ist daher nicht erforderlich.

Zu 7.)

Der Stellungnahme wird gefolgt, die Festsetzung wird wie vorgeschlagen zur Klarstellung angepasst.

Zu 8.)

Der Stellungnahme wird gefolgt, die Festsetzung wird wie vorgeschlagen zur Klarstellung angepasst.

Zu 9.)

Der Stellungnahme wird gefolgt, eine entsprechende Festsetzung zur Regelung von Mindestanforderungen an Dachaufbauten wird aufgenommen.

Die Festsetzung 5 d) wird wie folgt formuliert:

Bei Satteldächern sind Dachaufbauten ab einer Dachneigung des Hauptdaches von 25° zulässig. Es sind nur Satteldachgauben, Schleppgauben, Flachdachgauben sowie Zwerchgiebel zulässig. Dacheinschnitte sind unzulässig. Die Gesamtbreite aller Dachaufbauten beträgt max. 1/3 der jeweiligen Gebäudelänge. Die Oberkante der Dachaufbauten muss mind. 0,5 m unter dem First des Hauptdaches liegen.

Zu 10.)

Im rechtsverbindlichen Bebauungsplan in der Fassung vom 22.07.1985 ist für Garagen keine Höhenbegrenzung festgesetzt. Wie in der Stellungnahme angeregt wird die Wandhöhe von Garagen auf maximal 3,0 m begrenzt.

22. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.05.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zu 11.)

Die Begründung wird wie vorgeschlagen ergänzt.

Landratsamt München – Naturschutz, Erholungsgebiete, Landwirtschaften und Forsten

Das Schreiben vom 29.04.2022 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben:

Es wird gebeten folgenden Hinweis zu ergänzen:

Für Gehölzschnittmaßnahmen und Baumfällungen ist der grundsätzliche Verbotszeitraum des § 39 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 BNatSchG (01.03. – 30.09.) zu beachten. Ausnahmen sind nur in den unter § 39 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG genannten Fällen zulässig. Bei Gebäudeabbrüchen und -umbauten ist eine artenschutzrechtliche Untersuchung durch eine fachlich geeignete Person bzgl. Fledermausvorkommen und gebäudebrütender Vogelarten durchzuführen. Hierbei sollten alle geeigneten Strukturen, z. B. Dachböden, Fensterläden und etwaige potentielle Spalten- und Höhlenquartiere, untersucht werden. Bei Vorkommen von geschützten Arten oder entsprechender Quartiere sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine Verwirklichung der Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG zu vermeiden.

Beschluss: 9 : 0

Der vorgeschlagene Hinweis wird statt dem bereits enthaltenen Hinweis zu Gehölzrodungen und -fällungen übernommen, die Planunterlagen werden zur Klarstellung entsprechend angepasst.

SWM GmbH

Das Schreiben vom 25.03.2022 wird bekannt gegeben, in dem darauf hingewiesen wird, dass die Wasserversorgung derzeit nur über einen Wasserschacht im Nachbargrundstück und weiter über private Leitungen erfolgt. Eine eigenständige Versorgung eines jeden Flurstücks wäre sinnvoll, um Streitigkeiten für die Zukunft zu vermeiden.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung war nicht veranlasst.

Bayerwerk Netz GmbH

Das Schreiben vom 31.03.2022 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben:

Für Kabelhausanschlüsse dürfen nur marktübliche und zugelassene Einführungssysteme, welche bis mind. 1 bar gas- und wasserdicht sind, verwendet werden. Ein Prüfungsnachweis der Einführung ist nach

22. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.05.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Aufforderung vorzulegen. Es wird gebeten, den Hinweis an die Bauherren in der Begründung aufzunehmen. Um eine wirtschaftliche und zukunftsorientierte elektrische Erschließung im Zuge der Energiewende (wie Ausbau von Erneuerbaren Energien, E-Mobilität, Speicherlösungen) zu gewährleisten, ist es erforderlich weitere Trafostationsstandorte vorausschauend zu berücksichtigen. Daher bitten wir unter „Festsetzen durch Text“ einen Passus einzufügen, der prinzipiell das Aufstellen von Stationsgebäuden im Gebiet des Bebauungsplanes erlaubt.

Beschluss: 9 : 0

Die Begründung wird wie vorgeschlagen hinsichtlich der Anforderungen an Kabelhausanschlüsse ergänzt. Der Aufnahme einer Festsetzung bzgl. der generellen Zulässigkeit von Stationsgebäuden wird nicht nachgekommen. Stationsgebäude können gemäß § 14 BauNVO als der Versorgung des Baugebiets dienende Nebenanlage als Ausnahme zugelassen werden, auch soweit für sie im Bebauungsplan keine besonderen Flächen festgesetzt sind. Die sonstige Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Deutsche Telekom Netz GmbH

Das Schreiben vom 22.04.2022 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben:

Es wird gebeten folgende fachliche Festsetzung in den Bebauungsplan aufzunehmen:

Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist.

Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, u. a. Abschnitt 6, zu beachten. Es wird gebeten sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien nicht behindert werden.

Beschluss: 9 : 0

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die vorgeschlagene Aufnahme der Festsetzung bzgl. Anforderungen an die Bauausführung bzw. Zugänglichkeit wird zurückgewiesen. Eine Ermächtigungsgrundlage für eine derartige Festsetzung besteht nicht, zudem besteht keine Erforderlichkeit. Die

22. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.05.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Anforderungen der vorgeschlagenen Festsetzung sowie hinsichtlich Baumpflanzungen sind im Rahmen der Ausführungsplanung zu berücksichtigen. Die Begründung wird hinsichtlich der Anforderungen an Baumpflanzungen ergänzt.

Weiteres Vorgehen

Die Änderung des Bebauungsplans Nr. 35a/21 zur Erweiterung von Wohnraum an der Blumenstraße 34 a und b, in der Fassung vom 22.03.2022, ist unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse zu ergänzen. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 24.05.2022.

Es ist ein weiteres Auslegungsverfahren gemäß § 4a Abs. 3 i. V. m. § 3 Abs. 2 i. V. m. §. 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Die Dauer der Auslegung und die Frist zur Stellungnahme werden auf 14 Tage verkürzt.

Beschluss: 9 : 0

Die Änderung des Bebauungsplans Nr. 35a/21 zur Erweiterung von Wohnraum an der Blumenstraße 34 a und b, in der Fassung vom 22.03.2022, ist unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse zu ergänzen. Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 24.05.2022.

Es ist ein weiteres Auslegungsverfahren gemäß § 4a Abs. 3 i. V. m. § 3 Abs. 2 i. V. m. §. 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Die Dauer der Auslegung und die Frist zur Stellungnahme werden auf 14 Tage verkürzt.

AZ 611
Bauamt

217 8 Änderungsbebauungsplan Nr. 74a/16 Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße; Billigung des Planentwurfes

Der Bürgermeister erinnert an den Aufstellungsbeschluss des Gemeinderates vom 22.09.2016, Nr. 447, nach dem der Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 74/05, Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße, im

22. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.05.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Rahmen des Verkehrskonzeptes zur Erschließung des Gewerbegebiets östlich der S-Bahn, zugestimmt wurde.

Weiter wurde mit Gemeinderatsbeschluss vom 18.05.2017, Nr. 574, beschlossen, dass vor Weiterführung des Bebauungsplanverfahrens ein Interessenbekundungsverfahren durchzuführen war.

Der Vorsitzende teilt dem Gremium den aktuellen Planungsstand zu den jeweiligen vergebenen Grundstücken mit.

Der Entwurf der Planzeichnung des Änderungsbebauungsplans Nr. 74a/16, Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße, des Planungsbüros Goergens Miklautz Partner GmbH, München, in der Fassung vom 18.05.2022, wird dem Gremium zur Verfügung gestellt und in der Sitzung erläutert.

Die gesamten Bebauungsplanunterlagen können auf der Website der Gemeinde Unterföhring unter dem Link <https://www.unterfoehring.de/bauen-wirtschaft/bauen/bauleitplanung.html> heruntergeladen werden.

Gemäß Art. 49 Abs. 1 GO hat sich die Gemeinderätin Frau Spratter an der Abstimmung und Beschlussfassung nicht beteiligt.

Beschluss: 8 : 0

Der Änderungsbebauungsplanentwurf Nr. 74a/16, Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße, des Planungsbüros Goergens Miklautz Partner GmbH, München, in der Fassung vom 18.05.2022, wird dem Grunde nach gebilligt.

Weiter wird die Verwaltung ermächtigt, redaktionelle Änderungen (z.B. Ergänzung von Maßketten etc.) in den Bebauungsplanunterlagen vorzunehmen.

Das Auslegungsverfahren gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB ist durchzuführen.

Gemäß Art. 49 Abs. 1 GO hat sich die Gemeinderätin Frau Spratter an der Abstimmung und Beschlussfassung nicht beteiligt.

AZ 611
Bauamt

22. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.05.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

218 9 **Errichtung eines Boule-Platzes im Gemeindegebiet; Sachstand und weiteres Vorgehen**

Auf Antrag von Bürgern in der Bürgerversammlung 2020 sollte das Technische Tiefbauamt alle Voraussetzungen zur Errichtung eines Boule-/Petanque-Platzes im Gemeindegebiet von Unterföhring prüfen.

Boule/Petanque ist ein Präzisionsspiel (vergleichbar Boccia), das mit Stahlkugeln auf einem Splitt-/Sandplatz gespielt wird.

Der Erste Bürgermeister erinnert an den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses der Gemeinde Unterföhring vom 27.04.2022, Nr. 209, in welchem das Gremium empfohlen hat, den Bouleplatz nicht am Feringasee zu errichten, sondern einen neuen Standort im Gemeindegebiet zu suchen (z.B. im Bereich Fezi, Feststadl, Aschheimer Spielplatz, VHS/Musikschule unter Rücksichtnahme der Wohnbebauung bzgl. Lärm etc.)

Das Technische Tiefbauamt schlägt die folgenden Alternativen vor:

- Alternative 1 - Aschheimer Spielplatz (Ost-West-Ausrichtung)
- Alternative 2 - Aschheimer Spielplatz (Nord-Süd-Ausrichtung)
- Alternative 3 - Park am Etzweg

Der Feststadl und das Sportzentrum wurden ebenfalls geprüft, können aber nicht berücksichtigt werden.

Die Fläche hinter dem Sportzentrum ist laut FNP/BPL eine Erweiterungsfläche. Auch der Feststadl kommt nicht infrage, weil es sich bei der westlichen Freifläche um eine bedarfsweise Veranstaltungsfläche handelt.

Von den Platz- und Untergrundverhältnissen her, ist der Standort am Park am Etzweg den Alternativen 1 und 2 vorzuziehen.

Die Planung des Technischen Tiefbauamtes sieht vor, auf einer Gesamtfläche von 20 m mal 15 m (zuzüglich notwendiger Böschungsflächen) 2 Spielbahnen á 15 m Länge und 4 m Breite zu errichten. Auf der dafür vorgesehenen Grünfläche wird dazu der Oberboden abgetragen und auf einer Kies-/Schotterschüttung 2 eingefasste Sand-/Splitt-Spielbahnen mit umlaufendem Weg in wassergebundener Bauweise errichtet.

Die Lagepläne wurden dem Gremium zugestellt.

Es ist weiter vorgesehen Sitzgelegenheiten in entsprechender Anzahl aufzustellen.

22. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.05.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Kostenschätzung für die Errichtung des Boule-Platzes durch das Technische Tiefbauamt beläuft sich auf ca. 36.000,- € brutto, zuzüglich der Kosten für die Ausstattung, wie Bänke, wofür ca. 15.000,- € anzusetzen sind.

Die Kosten sollen auf der Haushaltsstelle 58000.9540 verbucht werden.
Für diese Haushaltsstelle sind 130.000,- € eingestellt.

Sollte sich der Bauausschuss für die Umsetzung des Boule-Platz aussprechen, kann in der heutigen Sitzung ein Beschluss gefasst werden.

Beschluss: 9 : 0

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss nimmt den Sachstand und die Planunterlagen zur Errichtung eines Boule-/Petanque-Platzes mit den Kosten in Höhe von 36.000,-€ brutto, zuzüglich 15.000,-€ brutto für die Ausstattung zur Kenntnis und spricht sich für die Realisierung am Standort Park am Etzweg aus.

Die entstehenden Kosten sind auf der Haushaltsstelle 58000.9540 zu verbuchen.

AZ 631
Bauamt

Bekanntgaben / Anfragen

219 9 Anfrage Frau Gemeinderätin Gisela Fischer - Gelände des Sportparks

Frau Gemeinderätin Gisela Fischer fragt an, ob die Fläche des Sportparks zum Bike-Park angeboten werden kann.

Der Erste Bürgermeister erläutert das Problem der Haftung. Aus diesem Grund wird von einer Nutzung soweit abgesehen.

22. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.05.2022

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

220 9 **Anfrage von Gemeinderätin Gisela Fischer - Ampelschaltung an der Münchner Straße / Ecke Leinthalstraße**

Frau Gemeinderätin Gisela Fischer teilt mit, dass sie von Bürgern angesprochen wurde, dass die Grünphase der Bedarfsampel an der Münchner Straße / Ecke Leinthalstraße für die Fußgänger und Radfahrer zu kurz sei. Herr Gemeinderat Manuel Prieler bestätigt diese Beobachtung.

Der Erste Bürgermeister nahm die Anmerkung zur Kenntnis und sicherte eine Klärung durch die Verwaltung (Technisches Tiefbauamt) zu. Das Gremium wird in einer der nächsten Sitzungen über das Ergebnis informiert.

Nachdem keine weiteren Anfragen in der öffentlichen Sitzung gestellt wurden, schließt der Erste Bürgermeister die heutige öffentliche Sitzung um 19:20 Uhr und wünscht allen Zuhörern und dem Gremium einen schönen Abend.



Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister



Ramona Obermeier
Bauamt